

Berlin, 9. Oktober 2009

Unbequeme demografische Arithmetik offenbart fiskalische Schieflage

Der demografische Wandel stellt die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Frage. Doch wäre alles besser, wenn es den demografischen Wandel nicht gegeben hätte? Die Stiftung Marktwirtschaft hat gemeinsam mit dem Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg analysiert, wie hoch die heutige Nachhaltigkeitslücke eigentlich wäre, wenn die Babyboomer deutlich mehr Kinder gezeugt hätten – mit überraschenden und unbequemen Ergebnissen.

Der zunehmende Alterungsprozess stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Er wird vor allem dadurch verschärft, dass dem Absinken der Geburtenhäufigkeit zu Beginn der 1970er Jahre eine Phase überdurchschnittlich hoher Geburtenzahlen voranging. Aus fiskalischer Sicht ergibt sich das Problem, dass der Alterungsprozess der Gesellschaft zu einem wachsenden Missverhältnis zwischen der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Staates in der Zukunft führt. Allerdings ist es nicht allein die demografische Entwicklung, die den deutschen Staatshaushalt auf Dauer in die Knie zwingen wird. Vielmehr haben wir ein strukturelles Missverhältnis zwischen der Ausgaben- und Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte.

Eine Simulationsanalyse für die Stiftung Marktwirtschaft mit Hilfe der Generationenbilanzierung verdeutlicht das. Prof. Bernd Raffelhüschen und Stefan Moog untersuchen darin, wie hoch die Nachhaltigkeitslücke heute wäre, wenn die Babyboomer-Generation der Jahrgänge 1955 bis 1965 ab Mitte der 1970er Jahre selbst deutlich mehr Kinder geboren hätte – es also zu einem Babyboom-boom gekommen wäre. Dazu führen sie zwei Berechnungen durch:

Zunächst ermitteln sie die Nachhaltigkeitslücke unter der vereinfachenden Ad-hoc-Annahme, dass die zusätzlichen Kinder entsprechend der heutigen Altersstruktur von heute auf morgen „vom Himmel fallen“. Das Ergebnis dieser vereinfachten Rechnung ist wie erwartet: Hätte die Generation der Babyboomer im Durchschnitt nicht nur 1,4 Kinder gezeugt, sondern die zur Aufrechterhaltung der Bevölkerungsgröße notwendige Geburtenrate von 2,1 aufgewiesen, würde die Nachhaltigkeitslücke um 413 Mrd. Euro oder 17 % der Wirtschaftsleistung sinken: d.h. von 249,7 % des BIP auf 232,7 % (vgl. Abbildung 1).

Kontakt:

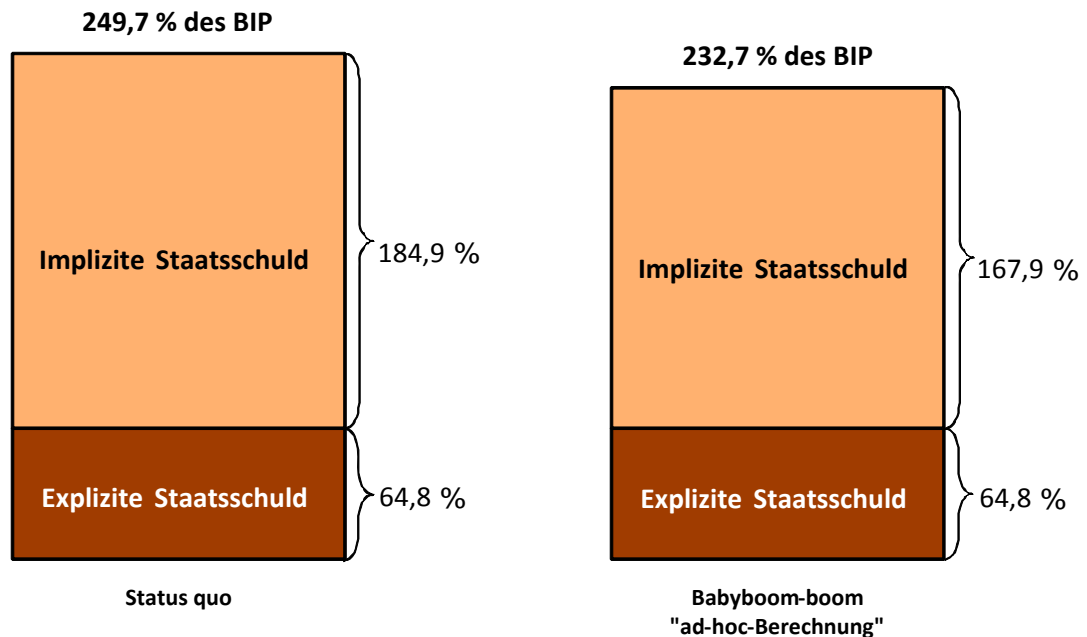
Dr. Susanna Hübner
Leitung Medien und Kommunikation
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 2060 5733
Fax: (030) 2060 5757

huebner@stiftung-marktwirtschaft.de
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Abbildung 1: Die demografische Hypothek der Babyboomer

Basisjahr 2007, $r = 3\%$, $g = 1,5\%$

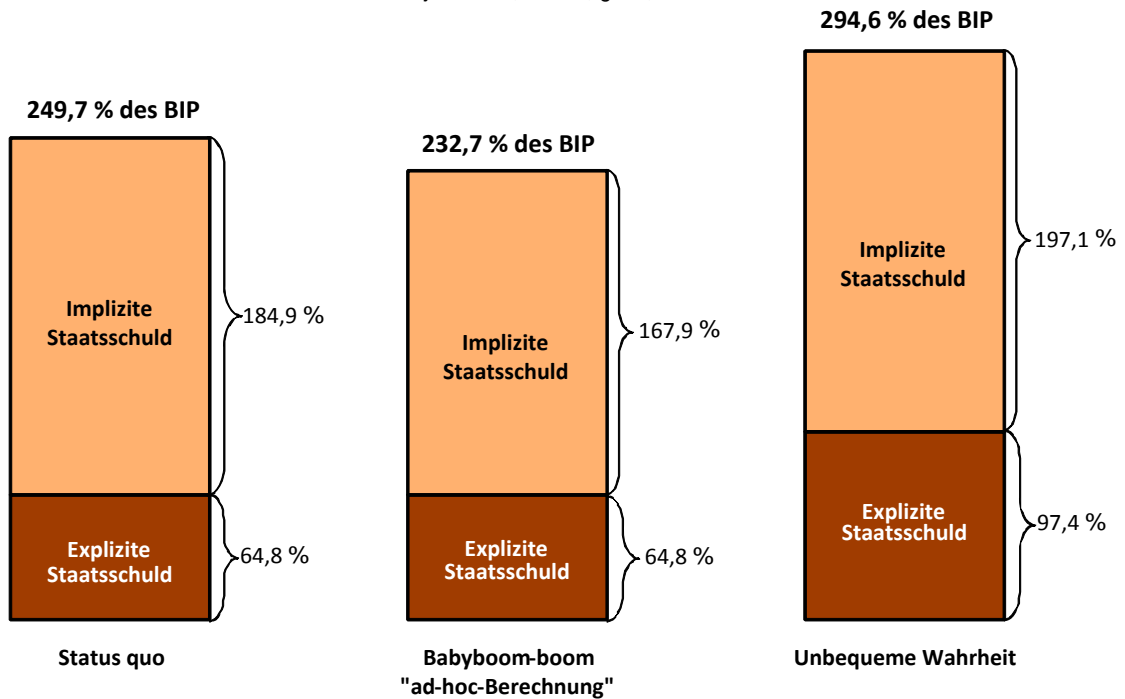


Allerdings basiert diese Berechnung auf höchst unrealistischen Vereinfachungen: Da die Generationenbilanz auf die Zukunft ausgerichtet ist, vernachlässigt die Annahme, dass nämlich die zusätzlichen Kinder von heute auf morgen „vom Himmel fallen“, die Auswirkungen auf die vergangenen Einnahmen und Ausgaben des Staates. Allein die Mehrausgaben, die dem Staat in der Vergangenheit – insbesondere durch das Bildungswesen – für jedes zusätzliche Kind der Babyboomer entstanden wären, beziffern sich auf 792 Milliarden Euro. Zusätzlich würden sich für den Staat auch zukünftig Mehrausgaben in Höhe von 709 Milliarden Euro ergeben, da jedes zusätzliche Kind der Babyboomer wiederum zu einer Zunahme der zukünftigen Geburtenzahlen führen würde.

Berücksichtigt man sowohl die vergangenen Kosten als auch die indirekten Folgekosten eines Babyboom-booms, so ergibt sich ein völlig anderes Bild als es die erste Ad-hoc-Berechnung nahelegt: Den potentiellen Mehreinnahmen des Staates von 413 Milliarden Euro stehen Mehrausgaben von 1.501 Milliarden Euro gegenüber, so dass sich die Nachhaltigkeitslücke der deutschen Fiskalpolitik auf 294,6 % Prozent des BIP belaufen würde, hätte es einen Babyboom-boom gegeben (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Unbequeme demografische Arithmetik

Basisjahr 2007, $r = 3\%$, $g = 1,5\%$



Die unbequeme demografische Arithmetik zeigt folglich, dass sich die heutige Nachhaltigkeitsproblematik noch verschärfen würde, wenn die Babyboomer gleich ihren Eltern eine Geburtenhäufigkeit entsprechend der zur Aufrechterhaltung der Bevölkerung notwendigen Geburtenziffer von etwa 2,1 Kindern pro Frau aufgewiesen hätten.

Dieses Ergebnis legt somit die strukturelle Schieflage von Einnahmen und Ausgaben deutlich offen, in der sich die öffentlichen Finanzen befinden: Heute ist es de facto so, dass jeder neugeborene Durchschnittsbürger über den Verlauf seines Lebens mehr Leistungen vom Staat bezieht als er über Steuern und Abgaben finanziert.

Solange dieses Missverhältnis besteht, helfen auch höhere Geburtenzahlen nicht weiter, um die Nachhaltigkeitslücke bei den öffentlichen Finanzen zu verringern – ganz im Gegenteil. Notwendig sind vielmehr politische Entscheidungen derart, dass die Zahlungen eines Neugeborenen über sein Leben im Durchschnitt mindestens den empfangenen staatlichen Leistungen entsprechen. Um dieses fiskalisch notwendige Ziel zu erreichen dürfen auch Höhe und Umfang der staatlichen Ausgaben nicht ausgeklammert werden.